

Gummersbach, 24. März 2020  
PRESSEMITTEILUNG

## Tülay Durdu und das Parteienbündnis aus SPD, GRÜNEN und LINKEN zur Corona- Krise in Oberberg

Die Corona-Pandemie hat weltweite Auswirkungen auf aktuell 1 Mrd. Menschen. In den Krisenregionen sehen wir fatale Folgen, in Deutschland beeinflussen die notwendigen Schutzmaßnahmen zunehmend das öffentliche und wirtschaftliche Leben; die privaten Lebensumstände sind massiv beeinträchtigt, das soziale Leben ist weitgehend zum Stillstand gekommen. Angesichts der zunehmenden Zahl infizierter und erkrankter Menschen auch in Oberberg hat sich ein Bündnis der Parteivorstände von SPD, Grünen und Linken mit der Landratskandidatin Tülay Durdu und unterstützenden Experten zusammengeschlossen und beraten, um jenseits des aktuellen Verwaltungshandelns von Landrat und Krisenstab politische Antworten und Handlungsnotwendigkeiten zu formulieren. Dabei geht es nicht um Parteipolitik: nach Ansicht der Bündnispartner ist es aber unbedingt erforderlich, alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und einzubinden, um dieser einzigartigen Herausforderung zu begegnen. Bisher sehen wir in den Verwaltungsmaßnahmen zu wenig vorsorgende Kommunikation und organisatorische Vorbereitungen, um angemessen auf die Krise zu reagieren. Unter sozialen, nachhaltigen und fürsorglichen Gesichtspunkten müssen bestehende Institutionen und Initiativen der Menschen in Oberberg deutlich stärker als bisher einbezogen werden!

„Es handelt sich um eine nie dagewesene gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der wir parteiübergreifend begegnen wollen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, gegenüber dem Handeln von Verwaltung und Landrat Aspekte in den öffentlichen Diskurs zu bringen, die unserer Ansicht nach zu kurz kommen. Bis jetzt gibt es in der Krise keine Kommunikation mit den Kreistagsfraktionen. Das muss anders werden!“ so gemeinsam die Vorstände der Kreisverbände der Sozialdemokraten, Grünen und Linken.



Tülay Durdu, nominierte Landratskandidatin, stellt dazu fest: „Die sich dynamisch entwickelnde Krise hat neben den gesundheitlichen Auswirkungen massive wirtschaftliche und soziale Folgen. Es kann nicht nur ordnungsrechtlich über Allgemeinverfügungen agiert werden, Appelle an Solidarität und Rücksicht reichen nicht aus. Wir brauchen eine intensive Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Initiativen mit den Institutionen; eine Zusammenarbeit, die das Selbsthilfepotenzial fördert und Fähigkeiten anspricht, mobilisiert und einbindet, die die Menschen in Oberberg entwickeln und einbringen wollen. Dieses fördert den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und erhöht die Chancen, dass niemand alleingelassen wird. Dafür will ich mich mit meinen Bündnispartnern engagieren.“

Dazu formulieren wir drei zentrale Handlungsnotwendigkeiten:

1. Innerhalb der nächsten Tage muss das Zusammenspiel von ambulantem und stationärem Sektor unbedingt besser organisiert werden, ansonsten droht eine völlige Überlastung des oberbergischen Gesundheitswesens. Dazu haben wir dem Landrat konkrete Vorschläge gemacht.
2. Die zurzeit in allen Orten entstehenden ehrenamtlichen Hilfsangebote zur Versorgung und Unterstützung alleinstehender Menschen mit Versorgungs- und Kontaktbedarf müssen koordiniert werden. Eine zentrale Steuerung unter Nutzung der Strukturen und Kommunikationseinrichtungen von Hilfsorganisationen wie dem DRK mit 600 Mitgliedern in den Ortsvereinen, THW, und allen anderen Hilfsorganisationen ist die Forderung der Stunde.
3. Viele Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, viele Firmen kommen in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten. Bundes- und Landesregierung spannen Rettungsschirme auf. Doch in der sich entwickelnden Situation bedarf es darüber hinaus einer Erfassung von lokalen Notlagen über Hotlines. Das Bürgertelefon des Kreises gibt nur Auskunft zu Fragen zum Corona-Virus, es geht jetzt aber auch vor allem darum, konkrete Fragen u.a. zu den Problemen bei Kontaktsperrungen zu beantworten. Koordinierende und aufsuchende Hilfen müssen eingerichtet werden, die Krise erfordert koordiniertes soziales Handeln in Abstimmung mit den sozialen Diensten des Kreises und einer Zentrale für soziale Hilfsdienste.

Die im Bündnis vertretenen oberbergischen Parteivorstände und Tülay Durdu danken allen Menschen, die sich jetzt einbringen, Ideen entwickeln und für das Allgemeinwohl sozial engagieren. Allen Angehörigen der Gesundheitsberufe, der Feuerwehren, des Rettungsdienstes, der Polizei und Ordnungsämter und aller anderen systemrelevanten Berufe sprechen wir Dank und Anerkennung aus. Von ihnen allen hängt es ab, wie wir in Oberberg die Krise bewältigen und dabei niemanden zurücklassen!

